

BERLINER RUNDSCHAU

08/ 2012 38. Jahrgang 1,20 EUR

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: einmal im Quartal.



Eine gesegnete Adventszeit



Hauptstadt-CDU
nominiert Kandidaten
zur Bundestagswahl im
kommenden Jahr

Seite 3



Angela Merkel mit
Traumergebnis
Berlinerin im Präsidium
der Bundespartei

Seite 8-9



Ein Weihnachtsgruß
von Pastor Siggelkow
„Lassen Sie uns Frieden
verschenken.“

Seite 16

Jahresrückblick



1



1



2



3



4



5



6



7



8



9



10



11

1. Landesmitglieder-
versammlung „Le-
benswertes Berlin
- in jedem Alter“
2. Neue interne Kommu-
nikationsplattform für
Mitglieder auf www.cdu-berlin-diskutiert.de
3. Landesparteitag in
Adlershof: Wahl von
Kai Wegner zum
Generalsekretär
4. Fußball-EM: Public
Viewing in der Lan-
desgeschäftsstelle
5. Kleiner Landespar-
teitag: Cornelia Yzer
als neue Wirtschafts-
senatorin nominiert
6. Live-Stream unseres
„Frühstüppens am
Wittenbergplatz“ mit
dem Senator für Ge-
sundheit und Soziales,
Mario Czaja, Bahn-
chef Rüdiger Grube
und Zeitungsjourna-
list Olaf Wedekind
7. Frank Henkel bei
der Einweihung der
Ronald-Reagan-
Plakette mit US-
Botschafter Philip
Murphy und Hans-
Dietrich Genscher
8. Pressekonferenz mit
dem CDU-Fraktions-
vorsitzenden Florian
Graf zu einem Jahr
Regierungsbeteili-
gung der CDU
9. Neuer Internetauftritt
der CDU Berlin auf
www.cduberlin.de
10. Regionalkonferenz
der CDU Deutsch-
lands in Potsdam
11. Landesvertreterver-
sammlung: Wahl von
Monika Grütters zur
Spitzenkandidatin der
CDU Berlin für die
Bundestagswahl 2013

Für Berlin. Für Deutschland.

Unter dem Motto „Für Berlin. Für Deutschland“ hat die CDU Berlin auf ihrer Landesvertreterversammlung im Konrad-Adenauer-Haus Ende November ihre Liste für die Bundestagswahl im Frühherbst nächsten Jahres beschlossen.

Das Foyer des Konrad-Adenauer-Hauses war gerappelt voll. Neben den 240 Delegierten wollten es sich rund 150 Gäste nicht nehmen



lassen, dabei zu sein, wenn die CDU Berlin ihre Liste für die Wahl zum Deutschen Bundestag aufstellt. Die Stimmung war gelöst. Das lag nicht zuletzt am sichtlich entspannten CDU-Landesvorsitzenden und Senator für Inneres

und Sport, Frank Henkel. In seiner engagierten Eröffnungsrede machte er das Ziel der anstehenden Bundestagswahl klar: „Wir waren bei der letzten Bundestagswahl hier in Berlin stärkste politische Kraft, daran wollen wir anknüpfen.“ Die letzten Umfragen auf Landes- wie auf Bundesebene geben jedenfalls Anlass zur Zuversicht. Sie sehen die CDU bei der Sonntagsfrage vor allen anderen Parteien.

Nach rund viereinhalb Stunden verkündete das Tagungspräsidium, bestehend aus Stefan Evers, dem stadtentwicklungspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion und Präsidiumsleiter, und seinen Stellvertretern, der Verbraucherschutzstaatssekretärin Sabine Töpfer-Kataw sowie dem Wirtschaftsstadtrat aus Marzahn-Hellersdorf, Christian Gräff, die Ergebnisse. Auf den Plätzen eins bis fünf wählten die Delegierten die Kandidatinnen und Kandidaten, die bereits seit 2009 die Berliner CDU im Deutschen Bundestag vertreten. Monika Grütters soll die CDU Berlin erneut als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf führen. Auf Platz zwei wurde Kai Wegner gewählt. Karl-Georg Wellmann sicherte sich den dritten Platz. Frank Steffel wählten die Delegierten auf

Platz vier der Landesliste. Jan-Marco Luczak wurde auf den fünften Platz gewählt. Es folgt auf Platz sechs die Direktkandidatin aus



Neukölln, Christina Schwarzer. Auf Platz sieben wurde Martin Pätzold gewählt. Auf den Plätzen acht bis 14 folgen Philipp Lengsfeld, Lars Zimmermann, Götz Müller, Barbara Baumbach, Dagmar König, Korkmaz Özman und Christoph Brzezinski.

Frank Henkel zeigte sich mit den Ergebnissen sehr zufrieden: „Ich freue mich, dass die Delegierten den Vorschlag des Landesvorstands bestätigt haben.“ Geschlossenheit sei eine wichtige Voraussetzung, um einen entschlossenen und glaubwürdigen Wahlkampf zu führen. „Mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin wollen wir unsere erfolgreiche Arbeit für Deutschland fortsetzen“, so Henkel.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

inzwischen hat der Winter unser Land fest in seinem eisigen Griff, das Jahr neigt sich dem Ende zu und Weihnachten steht vor der Tür. Die Hektik des Alltags, die übervollen Terminkalender, die lange Liste der zu erledigenden Aufgaben – all dies fällt zu den Feiertagen von uns ab. Anstatt uns mit ständig neuen Aktivitäten abzulenken, bietet sich uns jetzt die Gelegenheit, innezuhalten und die vielen Eindrücke, die in diesem Jahr auf uns eingestürzt sind, zu verarbeiten und zu bewerten.

Vor einem Jahr übernahm die CDU in Berlin die Regierungsverantwortung in einer rot-schwarzen Koalition – und es wurde bereits vieles erreicht. Unter Führung unseres Landesvorsitzenden Frank Henkel und unseres Fraktionsvorsitzenden Florian Graf haben wir es geschafft, Berlin beim Wirtschaftswachstum und bei der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Jobs deutschlandweit an die Spitze zu katapultieren. Zu unseren weiteren Erfolgen zählen die Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes, die Senkung der Wasserpreise und der Weiterbau der A 100.

Das jahrgangsübergreifende Lernen (JüL) findet nur noch auf freiwilliger Basis statt. Außerdem ist Schluss mit dem Personalabbau im Polizeivollzug.

Diese Beispiele zeigen, dass es eben nicht egal ist, wer in Berlin regiert. Die CDU macht den Unterschied! Und genau dies stimmt mich optimistisch für die bereits am Horizont heraufziehende Bundestagswahl im September 2013.

Zunächst jedoch wünsche ich Ihnen ein gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben. Bleiben Sie auch im neuen Jahr Ihrer Berliner CDU gewogen.

Kai Wegner MdB
Generalsekretär der CDU Berlin



AUF EIN WORT

Über Berlins Zukunft, die Bundestags

Berliner Rundschau: Herr Henkel, in Ihrem letzten Interview mit der „Berliner Rundschau“ haben Sie eine persönliche Bilanz von einem Jahr Rot-Schwarz in Berlin gezogen. Lassen Sie uns diesmal in die Zukunft blicken.

Frank Henkel: Gerne.

BR: Wo sehen Sie die politischen Schwerpunkte des rot-schwarzen Senates im kommenden Jahr?

Frank Henkel: 2013 wird es darauf ankommen, auf allen Ebenen an die erfolgreiche Arbeit des vergangenen Jahres anzuknüpfen und für weitere spürbare Verbesserungen in unserer Stadt zu sorgen, die den Berlinerinnen und Berlinern zugute kommen. Ich denke hier beispielsweise an die weitere Stärkung der Berliner Wirtschaft. Allein in den letzten zwölf Monaten sind in unserer Stadt fast 40.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Diese positive Entwicklung werden wir gezielt weiter fördern – beispielsweise durch Infrastrukturprojekte wie den Ausbau der A100 und die Etablierung eines Forschungs- und Industrieparks in Tegel. Ganz oben auf der Agenda bleibt ohne Zweifel auch der Flughafen BER, trotz aller Rückschläge. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die Menschen in unserer Stadt merklich entlastet werden.

BR: Wie?



Frank Henkel: Die Wasserpreise sollen mittelfristig um 15 Prozent sinken, mit einem Mietenbündnis und verstärkten Neubaumaßnahmen sorgen wir dafür, dass Wohnen in Berlin für alle erschwinglich bleibt und nicht nur für die wenigen, die es sich leisten können.

BR: Wo liegen die politischen Schwerpunkte des Innensensors Frank Henkel in unserer Stadt?

Frank Henkel: Nach den unfassbaren Gewaltexzessen, zu denen es in unserer Stadt in der Vergangenheit leider gekommen ist, habe ich einen breiten gesellschaftlichen Dialog über Werte und sinkende Hemmschwellen gefordert. Die Lösung des Gewaltproblems beginnt in den Köpfen, deshalb will ich mit denjenigen sprechen, die tagtäglich mit jungen Menschen arbeiten, um gemeinsam zu sehen, wo wir besser ansetzen können. Ein Auftaktgespräch mit



„Wir stellen sicher, dass die Menschen spürbar entlastet werden.“

Wahl und die Bedeutung von Weihnachten

Spitzenvertretern von Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften hat bereits Mitte November stattgefunden. Ich werde den Dialog in den kommenden Monaten fortsetzen. Ein zentrales Anliegen ist mir auch die Aufklärung der V-Mann-Affäre aus dem Jahr 2002. Das sind wir vor allem den Angehörigen der Opfer der NSU-Morde schuldig. Ich habe einen Sonderermittler beauftragt, der Anfang des nächsten Jahres einen Bericht vorlegen wird.

BR: Gibt es 2013 besondere Herausforderungen für Sie als Innensenator?

Frank Henkel: Der 1. Mai wird sicherlich – wie jedes Jahr – eine Herausforderung. In unserem neuen Polizeipräsidenten Klaus Kandt haben wir aber einen sehr erfahrenen Mann mit großen Führungsqualitäten und sozialer Kompetenz. Ich bin froh, dass mit der Entscheidung für Kandt das lange Auswahlverfahren, das ich als Innensenator geerbt habe, zu einem guten Abschluss gebracht wurde. Eine Herausforderung sind aber nicht nur Ereignisse wie der 1. Mai, sondern vor allem auch die alltägliche Kriminalität in unserer Stadt. Hier habe ich bereits Maßnahmen eingeleitet, wie die Ausbildung von 250 zusätzlichen Polizisten, die für mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen sorgen sollen, oder die Erhöhung der Polizeipräsenz durch mehr Streifen in der City-West, um besser gegen Hütchenspieler vorgehen zu können. Am Alexanderplatz

wurde dauerhaft eine mobile Anlaufstelle eingerichtet, außerdem gibt es eine verstärkte Bestreifung in den Nachtstunden. Weitere Maßnahmen in Berlin werden folgen. Mein Ziel ist es, die gefühlte und die tatsächliche Sicherheit zu erhöhen.

BR: Im kommenden Jahr ist Bundestagswahl. Wie sehen Sie die Berliner CDU dafür aufgestellt?

Frank Henkel: Bestens. Wir haben als erste Berliner Partei unsere Kandidaten für die Landesliste gewählt. Dabei setzen wir auf eine gute Mischung aus erfahrenen Kräften – wie unsere Spitzenkandidatin Monika Grütters, unseren Generalsekretär Kai Wegner sowie Karl-Georg Wellmann, Frank Steffel und Jan-Marco Luczak – und neuen Gesichtern. Ich bin überzeugt, dass wir in den Wahlkreisen starke Kandidatinnen und Kandidaten haben, mit denen wir wiederholen können, was wir 2009 geschafft haben: als stärkste Partei aus der Bundestagswahl hervorzugehen, in Berlin genauso wie im Bund. Die derzeitigen Umfragen sprechen jedenfalls dafür, dass uns das gelingen kann.

BR: Die Berliner CDU trägt seit dem Bundesparteitag Anfang Dezember mehr Verantwortung in der Bundespartei.

Frank Henkel: Ja, das stimmt. Unsere Staatssekretärin für Gesundheit, Emine Demirbükten-Wegner, die zuvor bereits

mehrere Jahre im Bundesvorstand vertreten war, wurde mit einem guten Ergebnis in das Präsidium der CDU Deutschlands gewählt. Die Berliner CDU ist damit nach vielen Jahren wieder in der engeren Führungsspitze der Bundespartei vertreten, das aus der Bundesvorsitzenden und fünf Stellvertretern besteht. Mit der Entsendung einer Frau mit Migrationshintergrund setzt die Berliner CDU die richtigen Impulse für eine liberale Großstadtpolitik der Union. Wir werden im kommenden Jahr gemeinsam mit aller Kraft dafür kämpfen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt. Die fast 98 Prozent, die sie bei ihrer Wiederwahl zur Bundesvorsitzenden erhalten hat, zeigen deutlich, wie geschlossen die ganze CDU hinter ihr steht.

BR: Herr Henkel, zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Dieses Weihnachtsfest feiern Sie zum ersten Mal mit Ihrem kleinen Sohn. Erhält Weihnachten dadurch eine neue Bedeutung für Sie?

Frank Henkel: Als Christ war mir Weihnachten schon immer besonders wichtig. Für mich gibt es nichts Schöneres als besinnliche Stunden im Kreise meiner Familie. Die Bedeutung von Weihnachten, die Freude über die Geburt Jesu Christi, wird mir als Vater noch viel bewusster. Durch ein Kind bekommt alles im Leben einen tieferen Sinn – ich glaube, alle Eltern kennen dieses Gefühl.





Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Telefon: (030) 90223-0
www.berlin.de/sen/inneres

Frank Henkel MdA, Bürgermeister und Senator
Bernd Krömer, Staatssekretär für Inneres
Andreas Statzkowski, Staatssekretär für Sport

- Schaffung von **250 zusätzlichen Stellen im Polizeivollzugsdienst**.
- **Mehr Polizei**präsenz für mehr subjektive und objektive Sicherheit, z.B. Einrichtung von Kontaktmobilen auf dem Alexanderplatz und dem Breitscheidplatz sowie zusätzliche Streifen.
- **Verdoppelung der Speicherfrist** von Aufzeichnungen der **BVG-Überwachungskameras** auf 48 Stunden.
- **Mehr Druck auf Einbrecherbanden**: Wiedereinführung der kostenfreien polizeilichen Beratung zum Schutz vor Einbrüchen.
- Besserer Schutz von Polizisten durch ein **flexibleres Kennzeichnungssystem**: Wahl zwischen Namensschild und rotierenden Nummern; Auskunftssperre im Melderegister unbürokratisch möglich.
- **Bekämpfung des Rechtsextremismus**: Verfassungsschutz mit fünf Stellen gestärkt.
- Beendigung der von der Vorgängerregierung verursachten Hängepartie bei der **Besetzung des Polizeipräsidenten**.
- **Drastische Erhöhung des Drucks auf kriminelle Rockerbanden**, z.B. durch Vereinsverbote.
- **Übernahme der Auszubildenden bei Polizei und Feuerwehr**.
- Einrichtung von 14 zusätzlichen Stellen bei der **Feuerwehr**.
- Aufstockung der Zuschüsse für die Berliner Bäderbetriebe für **weitere Bäderrisierungen** um jährlich 8,5 Millionen auf 50 Millionen Euro.

44 gute

... warum es gut ist, dass Auf dieser Doppelseite haben wichtigsten Maßnahmen und Ressorts zusammengestellt, die und weitere Informationen finden Sie auf den Seiten Abgeordnetenhaus (www.berlin.de).



Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin
Telefon: (030) 9013-0, www.berlin.de/sen/wtf

Cornelia Yzer, Senatorin
Henner Bunde, Staatssekretär
Guido Beermann, Staatssekretär

- **Neuordnung der Wirtschaftsfördergesellschaften**: Fusion von Berlin Partner GmbH und der TSB Innovationsagentur Berlin GmbH.
- Umsetzung von Projekten im Rahmen des Programms „**Schaufenster Elektromobilität**“.
- **Freischaltung des ersten Open-Data-Portals** Deutschlands, um Unternehmen, Forscher und Medien direkt mit Daten zu versorgen und neue Geschäftsmodelle zu ermöglichen.
- Berlin im Ländervergleich mit 1,8 Prozent **Spitzenreiter beim BIP-Wachstum** im 1. Halbjahr 2012; weitere Etablierung als **start-up Hochburg**.
- Gleiches gilt hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung: Im Juni gab es in Berlin gut **40.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte** mehr als ein Jahr zuvor (+3,5 Prozent).
- Erste „**Lange Nacht der Industrie**“ als sichtbares Zeichen für die Umsetzung des Masterplans Industrie; außerdem Austausch zwischen Industrie und Verwaltung durch **Industriehospitanz**
- Novelle des Vergabegesetzes als wichtiger Beitrag zur **Entbürokratisierung**; zudem Festlegung eines **Mindestlohns** von 8.50 Euro wie in der Koalitionsvereinbarung ausgehandelt.
- Für 618 Mio. Euro will das Land Berlin den 50 prozentigen **Geschäftsanteil der RWE Aqua GmbH** an der RVB rückwirkend zum 01.01.2012 erwerben. Die Finanzierung wird allein aus den Berliner Wasserbetrieben heraus erfolgen.
- Schaffung eines neuartigen exzellenten Forschungsraums mit der **Verbindung von Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) und Charité**
- Im Rahmen der Finanzierung des 90-Hektar-Areals „**Clean-TechPark**“ wurde der offizielle Start des nach Fertigstellung größten zusammenhängenden Industrieparks auf den Weg gebracht.
- Unbürokratische Regelung für den **Handwerkerparkausweis** (gemeinsam mit SenStadtUm und SenWTF).



Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Telefon (030) 9028-0
www.berlin.de/sen/gessoz

Mario Czaja MdA, Senator

Emine Demirbüken-Wegner, Staatssekretärin für Gesundheit

Michael Büge, Staatssekretär für Soziales

- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine verbesserte **ärztliche Versorgung** in Umsetzung des Versorgungsstrukturgesetzes (Vergleichszahlen eines Arztes).
 - Erlass einer neuen **Hygieneverordnung** für das Land Berlin.
 - Initiierung und Durchführung einer **Organspende- und Stammzellen-Kampagne** sowie aktive Begleitung verschiedener Blutspendenaktionen.
 - Stärkung des **Öffentlichen Gesundheitsdienstes** durch Teilzeitöffnung für Ärztinnen und Ärzte im ÖGD.
 - Neuschaffung der Möglichkeit der **Weiterbildung zum Arzt für das öffentliche Gesundheitswesen** an der Berlin School of Public Health.
- Stärkung des gesundheitlichen Kinder- und Jugendschutzes durch Einsetzung eines **Kinderschutzbeauftragten** in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales.
- Übernahme der organisatorischen und inhaltlichen Koordinierung des Berliner **Netzwerkes gegen sexuelle Gewalt** im Auftrag der Landeskommission gegen Gewalt.
- Sicherung und Fortentwicklung der Arbeit der **Landessenio- renvertretung**.
- Einrichtung von zwei Stellen mit Fortbildungspotential für die **Seniorenvertreter** in den Bezirken.
- Koppelung der Höhe der für **Sozialleistungsempfänger übernommenen Miete** an den Berliner Mietspiegel und den Bundesheizkostenspiegel.
- **Einführung eines Zentralen Pflege-Beschwerdemanagements** bei der Patientenbeauftragten des Landes Berlin.

Gründe

die CDU in Berlin regiert. wir für Sie in Stichworten die Projekte der CDU-geführten Berlin voranbringen. Details den Sie auf den angegebenen Projekten der Großen Koalition, umgesetzt werden, wie zum Straßenausbaubeitragsgesetzes, den jetzt abgeschafften Zwang den Lernen (JüL), finden der CDU-Fraktion im cdu-fraktion.berlin.de).



Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin, Telefon: (030) 9013-0, www.berlin.de/sen/justiz

Thomas Heilmann, Senator

Alexander Straßmeir, Staatssekretär für Justiz

Sabine Toepfer-Kataw, Staatssekretärin für Verbraucherschutz

- **Verbraucherinformation über Tankstellenpreise** in Echtzeit, um Wettbewerb für niedrigere Preise zu stärken.
- Einbringung in das Gesetzgebungsverfahren zur **Markttransparenzstelle** (Tankstellenpreise).
- **Kampf gegen „Schrottimmobilien“** durch Online-Informationsblatt und Abstimmung einer Bundesratsinitiative zur Änderung des Beurkundungsgesetzes.
- Ab sofort kostenfreie Inanspruchnahme der **Onlineschlichter** des Europäischen Zentrums für Verbraucherschutz e.V.
- Installation und Inbetriebnahme des **Handyblockersystems** in der Jugendstrafanstalt.
- **Bello-Dialog**: Einführung eines neuen Bürgerbeteiligungsverfahrens zur Evaluierung des Hundegesetzes
- Neue **Ansprechpartnerin bei der Staatsanwaltschaft** bei homophoben Straftaten und Bejahung des öffentlichen Interesses.
- Umsetzung eines vereinfachten Verfahrens der Aufsicht zur Lebensmittelhygiene bei **Tagespflegepersonen**.
- Aufstellung von Kriterien, nach denen bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung keine strafrechtliche Verfolgung von **Beschneidungen bei Jungen** unter 14 Jahren erfolgt.
- Erarbeitung eines Kompromissvorschlags für den Vermittlungsausschuss und Unterstützung der Gerichte bei der Umsetzung des neuen **Mediationsgesetzes**.
- Erweiterung der Plätze im **Jugendarrest** von 33 auf 60.

Kanzlerin mit Traumergebnis –

Sensationsergebnis für die Kanzlerin. Gute Beschlüsse. Und einen Riesenerfolg für die Berliner CDU. So lässt sich für die Christdemokraten der Hauptstadt der 25. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Hannover zusammenfassen.

Zehn Monate vor der Bundestagswahl zeigte sich die Partei von Bundeskanzlerin Angela Merkel gleichermaßen mit einem Höchstmaß an Diskussionsfreude und Geschlossenheit. Mit dem besten Ergebnis seit ihrer ersten Wahl zur Bundesvorsitzenden im Jahr 2000 erreichte sie bemerkenswerte 97,94 Prozent und damit zugleich das beste Ergebnis aller Wahlen dieses Parteitages insgesamt.

In ihrer Rede betonte Merkel, dass die Fakten des Jahres 2012 eine eindeutige Sprache sprächen: Deutschland habe den tiefsten Stand der Arbeitslosigkeit seit 1991 und die höchste jemals gemessene Zahl an Beschäftigten. Aus den Erfolgen ergäben sich jetzt neue Herausforderungen: Wohlstand für alle brauche aber Arbeit für alle. Und Arbeit für alle brauche eine wachsende Wirtschaft. Merkel: „Wir brauchen eine Wirtschaft, die den Menschen dient.“ Die CDU setze auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft, die Kräfte mobilisiere und niemanden zurücklasse.

Unser Wohlstand werde auf Dauer aber nur zu halten sein, wenn es auch Europa gut gehe, so Merkel weiter. „Ich will, dass auch der Euro stärker aus der Krise hervorgeht, als er hineingegangen ist“, sagte die Bundeskanzlerin. Dafür

*„Wir arbeiten für ein
Deutschland, in dem die
Menschen sicher und
gerne leben.“*

Angela Merkel



Berliner CDU-Mitglied im CDU-Präsidium

müsse man überall in Europa wieder zu soliden Finanzen kommen. Zudem bräuchte es eine Bankenaufsicht, die diesen Namen auch verdient. „Wir arbeiten dafür, dass alle Menschen die besten Chancen bekommen“, betonte Merkel. Das beginne bei der Förderung aller Kinder, ungeachtet ihrer geografischen oder sozialen Herkunft.

Einen Aufstieg auf dem Bundesparteitag erlebte Emine Demirbükten-Wegner unmittelbar. Sie wurde in das siebenköpfige Präsidium, das zusammen mit der Bundesvorsitzenden und ihren fünf Stellvertretern das engere Führungszentrum der Bundespartei darstellt, gewählt. Die Staatssekretärin aus Berlin gehört bereits seit vier Jahren dem Bundesvorstand als Beisitzerin an und wurde nun als erstes türkischstämmiges Mitglied in die Parteispitze berufen. Demirbükten-Wegner erklärte in ihrer Bewerbungsrede, dass sie mit preußischen Tugenden - mit Fleiß, Einsatz, Disziplin, Toleranz, Standfestigkeit und Realitätssinn - im CDU-Präsidium aktiv sein wolle. Bei der letzten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus holte das neue Präsidiumsmitglied das Direktmandat im Wahlkreis rund um den Kurt-Schumacher-Platz in Reinickendorf.

Der Landesvorsitzende der Hauptstadt-CDU und Berliner Innensenator, Frank Henkel, freute sich besonders über diese Wahl. Henkel: „Dies ist ein deutliches Zeichen der CDU an alle in Deutschland, dass man es in unserem Land schaffen kann, gleich welcher Herkunft man ist. Genauso wie es der Titel des Bundesparteitages beschreibt. - Starkes Deutschland. Chancen für alle!“.

„Diese Wahl in das Präsidium“, so Henkel, „zeigt zugleich, dass wir uns – gerade in Berlin – die Diskussion um die CDU in Großstädten nicht aufzwingen lassen müssen. Die Berliner CDU weiß sehr wohl, wie Großstädte ticken und was die Menschen bewegt. Unser Wertekonzept ist bestens geeignet, das Leben in Großstädten zum Nutzen aller zu gestalten. Wir als Berliner Union sorgen dafür - und das nicht nur in den von uns geführten Senatsverwaltungen“.

Weitere Diskussionen und Beschlüsse erfuhren dabei die Unterstützung der Berliner CDU. Dies betrifft etwa die Debatte um die steuerrechtlichen Gleichstellung eingetragener Lebensgemeinschaften mit der Ehe oder auch Beschlüsse zum Thema Rente. Eine Position, wie sie Berliner CDU und Frauen Union in diesem Jahr bereits beschlossen haben, hat nunmehr auch auf dem Bundesparteitag die Unterstützung der gesamten Partei erfahren, worauf Frank Henkel und sein Generalsekretär Kai Wegner hinweisen. Kai Wegner: „Der Ansatz, nunmehr Kindererziehungszeiten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, in der Rente zu verbessern, findet unsere volle Unterstützung. Hier wird es noch in dieser Legislaturperiode, also bis zur Bundestagswahl im nächsten Jahr, Veränderungen geben. Genauso wichtig ist uns der Parteitagsbeschluss zur Lebensleistungsrente. Danach sollen diejenigen, die jahrzehntlang in den Generationenvertrag einbezahlt haben, nicht auf Grundsicherung und der damit verbundenen Bedürftigkeitsprüfung angewiesen sein müssen.“



Emine Demirbükten-Wegner (51) ist seit 1995 Mitglied der CDU und gehört seit 2004 dem Bundesvorstand an. Von 2006 bis 2011 saß sie im Berliner Abgeordnetenhaus, heute ist sie Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales.



Zusammensetzung des Bundesvorstandes

Bundesvorsitzende

Dr. Angela Merkel MdB, Mecklenburg-Vorpommern

Fünf stellvertretende Vorsitzende

Volker Bouffier MdL, Hessen

Julia Klöckner MdL, Rheinland-Pfalz

Armin Laschet MdL, Nordrhein-Westfalen

Dr. Ursula von der Leyen MdB, Niedersachsen

Thomas Strobl MdB, Baden-Württemberg

Bundesschatzmeister

Dr. Helmut Linssen, Nordrhein-Westfalen

Weitere 7 Mitglieder des Präsidiums

Emine Demirbükten-Wegner, Berlin
Eckart von Klæden MdB, Niedersachsen
Anngret Kramp-Karrenbauer MdL, Saarland

Karl-Josef Laumann MdL, Nordrhein-Westfalen

Philipp Mißfelder MdB, Nordrhein-Westfalen

Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Baden-Württemberg

Stanislaw Tillich MdL, Sachsen

... sowie weitere 2 6 Mitglieder des Bundesvorstandes.



Stärkung der urbanen Attraktivität: Berlin profitiert von Initiative der Bundesregierung

Die Städtebauförderung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur lebenswerten Gestaltung von Städten und Gemeinden. Um hier weiterhin eine positive Entwicklung sicherzustellen, möchte die CDU-geführte Bundesregierung die Innenentwicklung im Bauplanungsrecht, aber auch den urbanen Klimaschutz, umfassend stärken. Ende November hat der Bundestag in der 1. Lesung über den Entwurf eines „Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts“ beraten. Von der Initiative wird die zukünftige Stadtentwicklungspolitik Berlins in besonderem Maße profitieren.

Das Baurecht wird so angepasst, dass Berlin größeren Gestaltungsspielraum bei seiner städtebaulichen Entwicklung erhält. Insbesondere im Bereich der Wohnungsbaupolitik besteht dringender Handlungsbedarf. „Angesichts der teils gravierenden Mietsteigerungen der vergangenen Jahre geht es jetzt darum, den Menschen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen“, so der Vorsitzende der Landesgruppe Berlin in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Generalsekretär der Berliner CDU, Kai Wegner. Mit dem neuen Gesetz können Baulücken geschlossen, Brachen genutzt und Gebäude durch Modernisierung attraktiver werden. Ebenfalls besteht die Möglichkeit, Gewerbe- und Handwerksbetriebe leichter zu Wohngebäuden umzuwandeln. Für eine Reihe noch ausstehender Bebauungsplanverfahren – etwa am Molkenmarkt – bedeutet dies endlich Rechtssicherheit.

Auch die Bürgerbeteiligung wird gestärkt. „Nur im demokratischen Dialog mit allen Betroffenen

können zukunftsfähige Stadtentwicklungskonzepte ausgehandelt werden“, stellt Wegner klar. „Positiv hervorzuheben ist deshalb, dass jetzt auch der Bundesgesetzgeber die frühzeitige Beteiligung und Mitsprache der Öffentlichkeit als einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Akzeptanz von Stadtentwicklungsprozessen sieht.“ Es geht darum, mögliche Konflikte frühestmöglich zu erkennen und zu entschärfen, um die Planungssicherheit zu erhöhen und Projekte schneller zu verwirklichen.

Bereits im Mai dieses Jahres hat die Berliner CDU ein ehrgeiziges Nachhaltigkeitskonzept verabschiedet und das Ziel ausgegeben, Berlin zu einer vorbildlichen europäischen Umweltmetropole zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist es sehr erfreulich, dass die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf den energieeffizienten und klimaneutralen Quartiersumbau deutlich erleichtert. Ermöglicht werden energieeffiziente Lösungen, die dem Klimaschutz umfassend Rechnung tragen, die aber zugleich auch wirtschaftlich sind und von den Grundstücks- und Hauseigentümern angenommen werden. „Das neue Gesetz hilft Berlin auf seinem Weg zur Hauptstadt der Nachhaltigkeit“, ist sich Kai Wegner sicher.

Auch hinsichtlich der Betreuungsinfrastruktur werden von dem Gesetz wichtige Impulse ausgehen. Konkret sieht die Gesetzesinitiative der Bundesregierung vor, dass Kinderbetriebsanlagen zukünftig auch in reinen Wohngebieten betrieben zu können. „Gerade eine Stadt wie Berlin mit vielen Alleinerziehenden und doppelverdienenden Eltern benötigt ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetriebsplätzen“, begrüßt Kai Wegner die vorgesehene Neuregelung.



Alles in allem ist Städtebauförderung eine bewährte Form des Investitionsanreizes, die Marktmechanismen nicht außer Kraft setzt, sondern nutzt. Jeder Euro aus Fördermitteln des Bundes zieht Investitionen in Höhe von acht Euro von Seiten der Unternehmen nach sich. Dies sorgt für zusätzliche Arbeitsplätze und höhere Steuereinnahmen. Zudem kommt die Förderung dem Mittelstand in besonderem Maße zugute. Im Planungs- und Ausführungsbereich sind die Auftragnehmer in der Mehrzahl kleinere und mittlere Unternehmen, Freiberufler und Handwerksbetriebe. „Ich werde mich energisch dafür einsetzen, das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag zügig zu vollenden, damit die Berlinerinnen und Berliner möglichst zeitnah in den Genuss der neuen Regelung kommen“, so Kai Wegner abschließend.

Ehrenamtliche Richter für Berlin gesucht

Dem Landgericht Berlin und dem Amtsgericht Tiergarten fehlen für 2014 bis 2018 ehrenamtliche Richter, sogenannte Schöffen. Insgesamt werden 11.500 Kandidatinnen und Kandidaten gesucht. Eine

Anmeldung ist noch bis Mitte Januar 2013 möglich und zunächst an die Bezirke zu richten.

Die Entscheidung fällt dann im Laufe des Jahres. Grundsätzlich kann jeder Deut-

sche zwischen 25 und 69 Jahren Schöffe werden. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.berlin.de/schoeffen oder in den Wahlämtern Ihres Bezirks.



Berliner Institut für Gesundheitsforschung



In den Berliner Koalitionsgesprächen vor knapp einem Jahr hat die CDU in Absprache mit Bundesbildungsministerin Prof. Annette Sch



van vorgeschlagen, die Forschungsbereiche von Charité und Max-Delbrück-Centrum zusammenführen und so ein weltweit führendes „Berliner Institut für Gesundheitsforschung“ zu schaffen. Nun konnten die Gespräche abgeschlossen werden. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Monika Grütters freut sich, dass der Bund in den nächsten sechs Jahren nun mehr als 300 Millionen Euro in dieses innovative Konzept investieren wird. „Damit zeigt der Bund, dass er Vertrauen in die Hauptstadt und ihre Vorreiterrolle in der Gesundheits- und Medizinforschung hat“, so Grütters.

Erhalt des Julius-Kühn-Instituts in Dahlem



Die ehemalige Biologische Bundesanstalt, heute Julius-Kühn-Institut (JKI), befindet sich seit über 100 Jahren in Dahlem. In unmittelbarer



Nähe zur Freien Universität und zum Botanischen Garten liegt das JKI im Herzen des Wis-

senschaftsstandorts Dahlem. Dennoch sollte das Institut nach Kleinmachnow verlegt werden, fünf Kilometer Luftlinie entfernt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann engagiert sich seit vielen Jahren dafür, das JKI in Dahlem zu belassen und Steuergelder in Höhe von 80 Millionen Euro einzusparen, die der Ausbau des Standorts Kleinmachnow kosten würde. Nun konnte Wellmann den Bundestag überzeugen – das JKI bleibt in Dahlem.

Vogelsang: Bundesgeld für Sicherheit auf Bahnhöfen



Der Bundestag hat den Haushalt für 2013 beschlossen, darin enthalten sind auch die notwendigen Gelder für Videokameras auf den S-Bahnhöfen in Berlin. „Gerade nach den brutalen Angriffen ist es mir wichtig, dass sich jeder in Berlin sicher fühlen kann. Deshalb habe ich um das Geld für die Videoüberwachung der S-Bahnhöfe gekämpft und bin froh über die Unterstützung meiner Bundestagsfraktion“, so die Haushaltsexpertin Stefanie Vogelsang (CDU). Die 166 Bahnhöfe werden ab 2013 mit Kameras ausgerüstet, die Straftaten aufzeichnen können und für 48 Stunden speichern.

Steffel bei Anne Will: Arbeit macht Spaß!



In der beliebten Talk-Show „Anne Will“ hat der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel (CDU) zum Thema „Immer mehr Hartz IV-Sanktionen – fiese Schikane oder notwendige Kontrolle?“ diskutiert. Eine Aussage war ihm dabei besonders wichtig: „Arbeit ist Selbstbewusstsein, Teilhabe, aber auch Spaß und Freude. Das müssen wir den Menschen in der Grundsicherung immer wieder deutlich machen.“ Wer die Sendung verpasst hat, kann sie



sich unter www.frank-steffel.de in der Mediathek anschauen.

Luczak stärkt Patiententechte



Der Bundestag bündelt erstmals die Rechte von Patienten umfassend im Bürgerlichen Gesetzbuch. Bislang waren diese in verschiedenen Gesetzen verstreut und zum Teil nur in Urteilen vorhanden. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak war als Mitglied des Rechtsausschusses für das Patientenrechtegesetz verantwortlich: „Die Rechte von Patienten sind jetzt klar und für jeden nachlesbar geregelt. Diese Transparenz ist ein großer Mehrwert und bringt die Patienten auf Augenhöhe mit ihrem



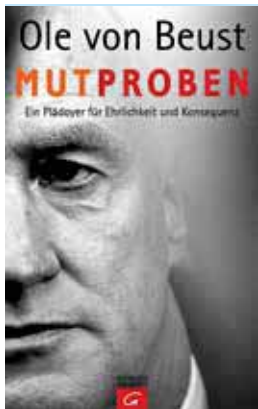
Arzt.“ Patienten haben zukünftig etwa einen Anspruch auf umfassende Einsicht in ihre Patientenakte und können bei Behandlungsfehlern besser ihre Rechte durchsetzen.

Kontakt zu den Bundestagsabgeordneten der Berliner CDU: (Vorname der/des Abgeordneten).(Nachname der/des Abgeordneten)@bundestag.de – z.B. kai.wegner@bundestag.de

Union vor Ort ...

Ole von Beust in Tegel

Vor über 100 Mitgliedern und Gästen des CDU-Ortverbandes Tegel stellte der ehemalige Erste Bürgermeister Hamburgs, **Ole von Beust**, im



Rahmen eines Weihnachtsessen im Restaurant „Alter Fritz“ sein Buch „Mutproben“ vor. In seinem umfangreichen Vortrag besprach von Beust sowohl das Thema CDU in den Großstädten wie auch das Thema Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften. Als besonders spannend empfanden die Anwesenden seine Erinnerungen an die Hamburger

Regierungsjahre. Egal, ob in der Koalition mit Ronald Schill oder anschließend in einer Koalition mit den Grünen – seine Schilderungen fesselten die Gäste. Das nächste Tegeler Gespräch findet am 19. Februar 2013 mit Wolfgang Bosbach statt. Informationen erhalten Sie unter: 030-496 12 46.

Erste öffentliche Landesvorstandssitzung der MIT Berlin

Am 27. November 2012 fand auf Einladung des Geschäftsführers **Boris Freise** die erste öffentliche Landesvorstandssitzung der MIT Berlin



in der Humboldt Box statt. Als besonderen Gast begrüßten die über 70 Anwesenden Wirtschaftssenatorin **Cornelia Yzer**, die in ihrer Rede einen Einblick in die ersten zwei Monate ihrer neuen Aufgabe gab. Im Anschluss gab es Gelegenheit, mit Frau Yzer persönlich ins Gespräch zu kommen und auf die drängendsten Probleme der kleinen und mittelständischen Unternehmen hinzuweisen.

Punsch und Plausch mit der CDU MV

Mehr als 60 Gäste, darunter Vertreter der Kirchen, sozialer Einrichtungen, von Sportvereinen,

Mieterbeiräte und Geschäftsleute, folgten auch in diesem Jahr der Einladung des CDU-Ortsverbands Märkisches Viertel (MV) in den sehr schön weihnachtlich

geschmückten Pavillon des Hotels Rheinsberg am See. Gleich am Eingang wurden sie mit dem traditionellen Weihnachtspunsch empfangen. Auch aus der Politik waren an dem Abend viele Gäste gekommen. An der Spitze der Bezirksbürgermeister von Reinickendorf, **Frank Balzer**, Bezirksstadtrat **Martin Lambert**, der Abgeordnete **Burkhard Dregger** sowie Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung. Der Vorsitzende der CDU-MV und Wahlkreisabgeordnete des MV, **Michael Dietmann**, begrüßte die Gäste. Danach berichtete Frank Balzer über Gegenwart und Zukunft Reinickendorfs, insbesondere des Märkischen Viertels. Insgesamt war es, so die einhellige Meinung der Gäste, wieder eine gelungene Veranstaltung.



Danke, Helmut Kohl!

Vor 30 Jahren wurde Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt. Die CDU Ortsverbände Gropiusstadt und Rudow würdigten das Jubiläum mit einem Empfang, auf dem der ehemalige Büroleiter Kohls, Staatssekretär **Lutz Stroppe**, an die großen Erfolge des „Kanzlers der Einheit“ erinnerte. Auch die Verdienste um ein zusammenwachsendes Europa hob der ehemalige Politikchef der CDU Deutschlands hervor. Mit interessanten und zugleich erheiternden Anekdoten gelang eine Annäherung an die Persönlichkeit Helmut Kohl.

23 Jahre Mauerfall – CDU Pankow würdigt Mut der DDR-Bürger

Mit über 50 Gästen feierte die CDU Pankow den Tag des Mauerfalls vor 23 Jahren und würdigte den Mut und die Entschlusskraft der Bürgerinnen und Bürger der DDR, die 1989 ihre For-



derungen nach Demokratie und Freiheit auf vielen friedlichen Demonstrationen, den berühmten Montagsdemonstrationen, zu Gehör brachten. **Dr. Sabine Bergmann-Pohl**, letzte und einzig frei gewählte Präsidentin der Volkskammer und letztes Staatsoberhaupt der DDR, gab einen sehr persönlichen und bewegenden Einblick in die Tage rund um den Mauerfall. Mit ihr diskutierten **Dr. Andreas Apelt**, damals Mitglied des Demokratischen Aufbruchs, und Lars Zimmermann, Bundestagskandidat der CDU Pankow, aufs Spiel für ihren Wunsch nach Freiheit und Bürgerrechten, sie bewiesen Zivilcourage.

Frauen-Union setzt sich auf dem Bundesparteitag der CDU durch

Die Forderung der Frauen-Union, Kindererziehungszeiten in der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind, zu verbessern, soll noch in dieser Legislaturperiode schrittweise verwirklicht werden. Damit wird eine Gerechtigkeitslücke geschlossen und die Lebensleistung von Müttern anerkannt.



Berliner Mittelständler diskutieren mit Christian Freiherr von Stetten

Christian Freiherr von Stetten, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, folgte der Einladung der Berliner Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) in die Amber-Suite. In seinem Impulsreferat stellte Freiherr von Stetten die wesentlichen



Eckpunkte der Vorlage zum Haushaltsbeschluss für das Jahr 2013 heraus. Die von der Bundesregierung verfolgte Strategie habe für eine stabile wirtschaftliche Lage in Deutschland gesorgt und insbesondere auch den Interessen der mittelstän-

in Ihrem Bezirk ...

dischen Wirtschaft Rechnung getragen. Große Zustimmung bei den über 180 Teilnehmern fand vor allem die Halbierung der Aufbewahrungsfristen auf nunmehr fünf Jahre. Treffend pointiert machte von Stetten die verheerenden Folgen deutlich, die eine SPD-geführte Bundesregierung insbesondere für Unternehmerinnen und Unternehmer nach sich ziehen würde. Besorgnis bei den Mitgliedern der MIT löste die Einschätzung von Stettens zum Bericht der Troika aus.

Luczak Schirmherr beim Lichtenrader Benefizkonzert

Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete **Jan-Marco Luczak** (CDU) hat als Schirmherr das Benefizkonzert der Aktionsgemeinschaft (AG) Bahnhofstraße unterstützt. „Das habe ich gerne gemacht, weil mit den Spenden soziale und karitative Einrichtungen unterstützt werden“, sagte Luczak. Das Konzert des Luftwaffenmusikkorps war ein voller Erfolg



– 400 Gäste kamen für den guten Zweck in das Lichtenrader Gemeinschaftshaus. Die AG sammelt jährlich mehr als 10.000 Euro Spenden, die der Jugendarbeit von Sportvereinen, Schulfördervereinen und der Suppenküche zugute kommen.

Polit-Laden in Steglitz - ein Vier-Parteien-Projekt

Am 06.12.2012 haben CDU, SPD, BÜNDNIS 90/GRÜNE und Piraten gemeinsam den Polit-



Laden eröffnet. In einem sozialen Brennpunkt, der Thermometersiedlung in Lichterfelde-Süd, wird nun an vier Tagen in der Woche jeweils ein Parteienvertreter den Anwohnern zur Verfügung stehen. Auf Initiative der CDU-Abgeordneten **Cornelia Seibeld**, in deren Wahlkreis sich der berlinweit einmalige Polit-Laden befindet, wird zunächst ein sechsmonatiges Pilotprojekt durchgeführt. Zur Eröffnung kam auch Justizsenator **Thomas Heilmann** (CDU).

Wahlbeobachter in der Ukraine

36 Millionen Wahlberechtigte in der Ukraine haben gewählt und Europa hat genau hingeschaut. Einer der 15 Wahlbeobachter des EU-Parlamentes war **Joachim Zeller** (Foto 3. v. l.). Der CDU-Europaabgeordnete aus Berlin war im Westen (von Dubno bis Lwiw-Lemberg) eingesetzt. Die Oppositionsparteien erzielten dort über 90 Prozent der Stimmen, während die regierende pro-russische „Partei der Regionen“ des Präsidenten Wiktor Janukowitsch unter 5 Prozent blieb. In den südlichen und östlichen Landesteilen war es allerdings umgekehrt. Der Wahlkampf war bereits im Vorfeld von Manipulationen durch die Partei des Staatspräsidenten und die Zentrale Wahlkommission geprägt. Die Opposition wurde klar benachteiligt, zum Beispiel beim Zugang zu den Medien oder in den örtlichen Wahlkommissionen.

Die Führer der größten Oppositionspartei, der „Vaterlandspartei“, Julia Timoschenko und Juri Luzenko befinden sich immer noch in Haft. Mehr als einen Achtungserfolg erzielte mit 15 Prozent allerdings die noch junge Partei „UDAR - Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen“ (Udar bedeutet auf Ukrainisch auch „Schlag“ oder „Stoß“) des Box-Weltmeisters Vitali Klitschko (Foto 5. v. l.). Sie setzt sich besonders dafür ein, dass die Ukraine einen pro-

europäischen und rechtsstaatlichen Weg einschlägt. Die Frage von demokratischen Wahlen entscheidet auch darüber, ob ein Land auf weitere Hilfen der EU hoffen kann. Die Ukraine hat ihre bevorzugte Stellung nach der „Orangen Revolution“ in Folge der Machtergreifung durch Janukowitsch nach und nach eingebüßt.



Richtigstellung

Liebe Leserinnen und Leser der Berliner Rundschau, in der Ausgabe 06/2012 hat sich ein kleiner und doch bedeutender Fehler eingeschlichen. Das Sommerfest der Frauen Union Berlin wurde gemeinsam mit der Frauen Union REINICKENDORF durchgeführt. Wir wollen uns bei den Damen der Frauen Union Reinickendorf für Ihren Einsatz, ihr Engagement und den Erfolg für dieses Sommerfest und dem 5. Trimm-Dich-Tag rund um den Schäfersee äußerst herzlich bedanken und den Erfolg nicht durch diesen Fauxpas schmälern. Wir freuen uns auf den 6. Trimm-Dich-Tag rund um den Schäfersee in 2013.



Vogelsang: Festliche Adventsfeier ein großer Erfolg

Bereits zum 18. Mal fand am 1. Adventssonntag die traditionelle und festliche Seniorenweihnachtsfeier im Hotel Estrel statt. Die Neuköllner Bundestagsabgeordnete **Stefanie Vogelsang** und die CDU-Gropiusstadt mit ihrem Vorsitzen-



den **Christopher Kroll** begrüßten über 400 Gäste, unter ihnen auch **Eberhard Diepgen**. Während der bekannte Schauspieler **H. J. Schatz** das Publikum mit heiteren Weihnachtsgeschichten begeisterte und man gemeinsam deutsche Weihnachtslieder sang, trugen auch die vielen Weihnachtstorten zum ausgezeichneten Ambiente bei.

Sprichwörtlich ausgezeichnet wurde der Ortsverband auf der auf dem CDU-Bundespartei-tag vorgestellten Ideenbörse. Dort wurde eine frühere Veranstaltung des CDU Ortsverbandes Gropiusstadt mit dem Berliner Journalisten **Gunnar Schupelius** als beispielhaft für andere CDU-Verbände bezeichnet.

Besserer AVUS-Lärmschutz in Nikolassee

Die Erneuerung der AVUS (A 115) zwischen Dreieck Funkturm und Spanische Allee kann-

und Ihrem Kiez

te am 28.11.2012 abgeschlossen werden. Als nächstes soll der Abschnitt zwischen Spanische Allee und Landesgrenze saniert werden. **Karl-Georg Wellmann** (CDU) setzt sich für deut-



liche Verbesserungen beim Lärmschutz für die Anwohner ein. „Alle Möglichkeiten der Schallminderung wie Flüsterasphalt, neue Lärmschutzwände, aber auch eine Einhausung oder Deckelung der dort in einem Trog verlaufenden AVUS sind zu prüfen“, so Wellmann.

Luczak: Stoppzeichen gegen Islamische Paralleljustiz setzen

Die erste Veranstaltung des neu gegründeten Forums Recht der Berliner CDU hat sich mit dem gerade in Berlin drängenden Problem der Islamischen Paralleljustiz beschäftigt. **Dr. Jan-Marco Luczak**, Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, und sein Kollege aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, **Sven Rissmann**, konnten mit der Frauenrechtlerin und Autorin **Seyran Ates** sowie dem Kriminologen und Journalisten **Dr. Joachim Wagner** zwei profilierte Referenten gewinnen. Die rund 200 Gäste, unter denen auch zahlreiche Abgeordnete waren, erfuhren, dass es in Berlin zahlreiche sogenannten „Friedensrichter“ gebe, die Streitigkeiten zwischen arabischen Familienclassen schlichten, Sanktionen verhängen oder im Familiensachen vermitteln. Alles geschehe ohne die Einbeziehung deutscher Behörden oder Gerichte – man regle die Angelegenheiten „unter sich“. Grundlage sei dabei das islamische Recht, die Scharia. Luczak hob in der sehr intensiven Diskussion hervor, dass der Begriff „Friedensrichter“ täusche – diese seien oftmals selbst in die organisierte Kriminalität verstrickt. Eine Paralleljustiz sei immer auch Zeichen für eine

Parallelgesellschaft – eine solche Entwicklung könne man nicht hinnehmen. Am Schluss der Veranstaltung rief Luczak dazu auf, ein klares Stoppzeichen gegen die sich ausbreitende Paralleljustiz zu setzen und forderte einen wehrhaften Rechtsstaat: „Das Gewalt- und vor allem das Strafmonopol liegt beim Staat. Allein beim Staat. Wir können es nicht dulden, wenn dieses



Monopol von nicht legitimierten Personen, die obendrein noch inhaltliche Maßstäbe anlegen, die mit unserem Grundgesetz nicht in Einklang stehen, unterminiert wird.“

Ehrung zum 80sten

Anlässlich des 80. Geburtstages von **Dr. Dieter Biewald** empfingen der Fraktionsvorsitzende **Florian Graf** und der parlamentarische Geschäftsführer **Oliver Friederici** den Jubilar und seine **Gattin Martina**. Sie ehrten damit



einen der langgedientesten CDU-Parlamentarier, der mit bald 30 Dienstjahren bis zu seinem Ausscheiden 1999 auf ein ereignisreiches politisches Wirken zurückschauen kann. Auch das Gespräch am Rande der Ehrung über die heutige und vorherige Regierungsbeteiligung war von großer Detail- und Sachkenntnis geprägt.



Gedenken an Peter Lorenz

Zum 25. Todestag von Peter Lorenz legte Generalsekretär **Kai Wegner** für die CDU Berlin einen Kranz am Grab des ehemaligen Landesvorsitzenden (1969 – 1981) nieder. Er würdigte damit einen Ur-Berliner, der als Politiker auch im Kabinett von Helmut Kohl diente (1982 – 1987) und Entführungsoffer der Links-Terroristen der „Bewegung 2. Juni“ wurde (1975).

Bundesweite Initiative „Lesestart“

Mit der Übergabe eines Lesestart-Sets an eine junge Familie machte der Berliner Senator für Gesundheit und Soziales, **Mario Czaja**, gemeinsam mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten **Kai Wegner** in einer Kinderarztpraxis in Berlin-Spandau auf die frühkindliche Leseförderinitiative „Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen“ aufmerksam. Dazu werden zwischen Ende 2011 und 2018 bundesweit insgesamt 4,5 Millionen Lesestart-Sets in drei Phasen in Kinderarztpraxen, Bibliotheken und Grundschulen an Eltern und Kinder überreicht. Ein Set enthält ein altersgerechtes Buch sowie umfangreiche Informationen für Eltern rund ums Vorlesen. Der Fokus der „Lesestart“-Initiative liegt auf Kindern, die in einem bildungsbenachteiligten Umfeld aufwachsen und denen wenig vorgelesen wird.



Schließzeiten der Landesgeschäftsstelle der Berliner CDU:
Am 24.-26. Dezember 2012 und Silvester und Neujahr ist die Geschäftsstelle geschlossen

RÜCKBLICK – DIE „BERLINER RUNDSCHAU“ 2012



01/2012

Große Koalition – gut für Berlin. Die 100-Tage-Bilanz, u.a. mit:

- CDU setzt sich durch – Straßenausbaubeitragsgesetz wird abgeschafft
- Interview mit Innensenator Frank Henkel: „Wir haben Wort gehalten“
- Rot-schwarzer Haushalt: Chancen und Perspektiven trotz Konsolidierung
- Das Regierungsteam der CDU – mit voller Kraft für Berlin
- Interview mit der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen (CDU), zum demographischen Wandel: „Wir müssen Gerechtigkeitslücken schließen“

02/2012 Sonderausgabe

Lebenswertes Berlin – in jedem Alter, u.a. mit:

- Landesmitgliederversammlung der CDU Berlin beschließt Demographiekon-



- zept „Lebenswertes Berlin – in jedem Alter“
- „Mit Sicherheit in Ordnung“ – Beschluss des Landesvorstandes für ein sauberes Berlin

03/2012

Daumen drücken und Sommer genießen, u.a. mit:

- Innensenator Henkel konsequent gegen Rockerclubs



- „Berlin – Hauptstadt der Nachhaltigkeit“ – CDU Berlin schärft weiter ihr Profil
- Interview mit CDU-Fraktionschef Florian Graf: „Wir stehen für eine bürgernahe Politik“
- Checkpoint Charlie endlich würdig gestalten
- „Das Grundgesetz ist ein wirklicher Glücksfall der deutschen Geschichte“ – Interview mit Prof. Dr. Rupert Scholz zu seinem 75. Geburtstag
- „Ronald Reagan gab mir Hoffnung“ – Erinnerungen von Frank Henkel

04/2012 Sonderausgabe

Wir wollen besser geschützt werden – Mehr Sicherheit für Grundschulkinder, u.a. mit:

- Zur Mahnung an die Mauer – Straße nach Peter Fechter benennen
- Berlins Sportsenator Frank Henkel bei Olympia



- Der Bello-Dialog – ein Gesetz zum Mitmachen
- Antrag der CDU-Fraktion: Mehr Sicherheit für Grundschulkinder

05/2012 Sonderausgabe

- Vor 30 Jahren: Helmut Kohl wird Bundeskanzler, u.a. mit:
- Nachtragshaushalt ohne Neuverschuldung – BER rasch an den Start bringen
- Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer – Eine Lobbyistin für Berlin



- Vor 30 Jahren: Helmut Kohl wird Bundeskanzler

06/2012

Die Menschen vertrauen Angela Merkel, u.a. mit:

- Festakt für Helmut Kohl
- Interview mit Innensenator Frank Henkel: „Diese Regierung nimmt die Herausfor-

- derungen an“
- Koalition trifft Zukunftsentscheidungen
- Aktuelle Umfrage: Angela Merkel soll Kanzlerin bleiben



- Jetzt ist sicher - die A 100 wird gebaut
- Bundestagswahl: Ihr Kandidat in Ihrem Bezirk

07/2012 Sonderausgabe

Trauer um Jonny K. – Gewaltdebatte muss geführt werden, u.a. mit:

- CDU-Innensenator Henkel sagt Hütchenspielern den Kampf an
- NSU-Terror muss vollständig aufgeklärt werden
- Gesellschaftliche Debatte über Gewalt muss geführt werden
- Berliner Wasserpreise sinken



- Tempo-30-Zonen auf den Prüfstand

Lassen Sie uns Frieden verschenken

In diesen Tagen wurde in Oslo der Friedensnobelpreis an die Europäische Union übergeben. Die Verantwortlichen lobten in besondere Weise die wirtschaftliche Stärke und Kraft der EU. In besonderer Weise lobte man auch den Frieden in Europa, der schon Jahrzehnte anhält und worauf wir Europäer stolz sein dürfen. Viel zu oft würden die Bürger sich dies nicht so recht bewusst machen und häufig in Kritik und Verdruss verfallen. Wir könnten uns glücklich schätzen, in Freiheit, Demokratie und Frieden leben zu können. Das stimmt.



Fast gleichzeitig zu dieser Meldung erschreckt die Nachricht über die Schließung des Opelwerks in Bochum nicht nur Nordrhein-Westfalen. Bei den über 3.000 Mitarbeitern ist nicht viel von Frieden zu spüren. Sie haben berechnete Angst um ihre Arbeitsplätze. Auch in der Türkei und sogar bei uns in Deutschland macht man sich Sorgen, dass von Syrien aus der Frieden gefährdet sein könnte.

Ganz friedlich auf dem Feld hüten Hirten ihre Schafe. Es ist Nacht, aber keiner der Männer lässt sich von der friedlichen Nacht beeindruckt. Über-

all lauert die Gefahr von wilden Tieren, die sich über ihre Nutztiere hermachen wollen. Doch die friedliche Stimmung wird nicht von einem Bären unterbrochen, sondern von einer Lichtgestalt am Himmel: „Fürchtet Euch nicht“, spricht dort ein Engel, „denn ich habe eine gute Nachricht für Euch. Nicht weit von hier in Bethlehem ist ein Kind geboren, der Retter der Welt.“

Eine ungewöhnliche Nachricht in einer ganz gewöhnlichen Nacht. Der Engel bleibt nicht allein, eine ganze Gruppe von ihnen erscheint und ruft den Hirten zu: „Gott bringt der Welt Frieden und wendet sich den Menschen in Liebe zu.“ Schnell laufen sie in den Stall, in dem sie ein Kind mit strahlenden Augen vorfinden, das ihnen Hoffnung auf eine bessere Zukunft bringt.

Getrübt wird diese frohe Botschaft des Friedens allerdings durch den König Herodes, der

über gelehrte Leute von diesem Ereignis hört. Er hat Angst um seinen Herrschaftsanspruch, denn das Kind in der Krippe erhebt den Anspruch, der Friedenskönig zu werden. Kurzerhand erlässt der machtsüchtige König ein Gesetz, das alle neugeborenen Kinder umgebracht werden sollen.

Immer wieder wechseln sich gute und schlechte Nachrichten ab. Immer wieder werden der Friede und die Liebe in Frage gestellt und häufig hat es mit unserer eigenen Einstellung zu tun.

Ja, es geht uns gut in unserem Land. Auch wenn ich weiß, dass wöchentlich Kinder an den Folgen von Verwahrlosung sterben. Auch wenn mir bewusst wird, dass Reichtum oft auf Kosten der Armen geschneit wird und viele Familienväter und -mütter nicht allein mit ihrem Gehalt die Familie ernähren können. Natürlich ist mir bewusst, dass unser Frieden wackelig ist, aber die Frage ist: Was können wir dafür tun?

Ein kleines Mädchen, das in einer armen Familie aufwächst, schrieb mir vor kurzem: „Ich freue mich am meisten, wenn Du zu unserer Weihnachtsfeier kommst!“ Genau das ist es. Das können wir dazu beitragen.

Das Nobelpreiskomitee weiß uns darauf hin, den Frieden zu schätzen, in dem wir leben. Aber nicht nur zu schätzen, sondern etwas dazu beitragen.

Anderen eine Freude machen, sie aufmuntern, sie erfreuen, dazu haben wir Frieden. Die Hirten gehen zurück in ihre eigene tägliche Realität und sie erzählen anderen von dem, was sie erlebt haben. Auch wir können teilen. Unsere Worte, unser Geld, unsere Zeit und vor allem unser Herz. Kritik ist leicht – Hinsehen und Zupacken nicht ganz so einfach. Aber es macht zufriedener.

Es ist wieder Weihnachten, deshalb lassen Sie uns Frieden verschenken. Frieden, für den wir dankbar sein können.

Pastor Bernd Siggelkow
Die Arche Berlin

